

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1866

13.5.1866 (No. 112)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 13. Mai.

N. 112.

Vorausbezahlung halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühren eingeschlossen, 4 fl. 3 fr. u. 2 fl. 2 fr. Einrückungsgebühr: die gepaltene Beilage oder deren Raum 5 fr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 11, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1866.

Telegramme.

† **München**, 12. Mai. Für zwei Armeedivisionen auf dem Kriegsfuß sollen Zeltlager auf dem Beschfeld und bei Nürnberg errichtet werden.

München, 12. Mai. (W. L. B.) Für die nächste Woche ist eine weitere Konferenz der Minister der Mittel- und Kleinstaaten projektiert. Der Tag und der Ort sind noch nicht bestimmt.

— **Frankfurt**, 12. Mai. (W. L. B.) Der Disconto wurde in Bremen auf 8 und in Leipzig auf 9 Proz. erhöht.

Dresden, 12. Mai. (W. L. B.) Die Kammerer sind zu einem außerordentlichen Landtag auf den 23. Mai einberufen.

Berlin, 12. Mai. (Sch. M.) Der Pariser Rothschild wird hier erwartet. — Von den sieben trotz der früheren Nichtbestätigung wiedergewählten Stadtvorordneten sind sechs bestätigt worden. — Eine Zirkularverfügung ordnet die Beschleunigung der Vorarbeiten für die Neuwahlen auf den Grund der Verordnung vom 30. März 1849 an. Eine neue Feststellung der Wahlbezirke wird beabsichtigt.

Wien, 12. Mai. (W. L. B.) Die „Wien. Ztg.“ publiziert einen Erlaß des Finanzministeriums vom 10. Mai, wodurch die Ausfuhr von Waffen, Waffenbestandtheilen und Munitionsobjekten jeder Art über die Grenzen gegen Italien, den Zollverein und die See verboten wird.

Bukarest, 11. Mai. (W. L. B.) Gestern Abend wurde das Bureau der Abgeordnetenkammer gebildet. Zu Präsidenten wurden gewählt: Demeter Bratianu, Manolachi Costachi und General Ghita.

Paris, 12. Mai. (W. L. B.) Die „Patrie“ meldet, im Kriegsfall stelle Frankreich zwei Beobachtungscorps auf, das eine an der deutschen, das andere an der italienischen Grenze.

Das „Mem. Dipl.“ bestätigt die Existenz eines Zirkulars des Ministers des Auswärtigen über die deutsche Reformfrage, welches konstatiert, daß bestehende Aenderungen der deutschen Bundesverfassung ohne die Zustimmung der Großmächte, und ferner Spaniens, Portugals und Schwedens nicht erfolgen könnten.

† **London**, 12. Mai. Die Regierung hat die Bankakte suspendirt, um wo möglich die Panik aufzuhalten; die Zustimmung des Parlaments wird nachträglich eingeholt werden. Es fanden mehrere große Fallissements statt.

London, 12. Mai. (W. L. B.) Auf Disraeli's Anfrage widerlegte gestern Gladstone die allgemein verbreitete Nachricht, daß die Regierung die englische Bank ermächtigt habe, 5 Mill. Noten auszugeben. Gladstone empfing gestern eine Deputation der Gesellschaftsbanken und verließ möglichst rasche Regierungsbeschlüsse zur Hebung der beispiellosen Krisis.

New-York, 2. Mai. (W. L. B.) Die spanische Flotte bombardirte am 31. März die philippinische Stadt Valparaiso. Es kostete wenig Menschenleben. Der Schaden beträgt 9 bis 10 Millionen Dollars.

Gold 128, Wechselkurs 139 1/2, Bonds 101 1/2, Baumwolle 33 1/2.

Badischer Landtag.

† **Karlsruhe**, 12. Mai. 13. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer.

Unter dem Vorsitz des durchl. Präsidenten, Sr. Großh. Hoheit des Prinzen Wilhelm von Baden.

Am Regierungstisch: Die Präsidenten der Ministerien des Innern und der Finanzen, Staatsrath Dr. Lamey und Vogelmann; Geh. Referendar Cron und die Ministerialräthe Walli und Regenauer.

Das hohe Präsidium bringt den Einlauf dreier gleichlautenden Schreiben der Fehrn. v. Gemmingen, v. Stöcker und des Grafen v. Helmstadt zur Kenntniß des Hauses, wornach dieselben ihr Mandat als Mitglieder dieses Hauses niederlegen; ferner geschäftliche Mittheilungen der Zweiten Kammer.

Das Sekretariat zeigt 19 Petitionen gegen die obligatorische Zivilehe an; gleiche Bittschriften noch Fehrn. v. Stöckingen, und Obergerichtsadvokat Bertheau einen druckfertigen Bericht.

Geh. Rath Bluntzli kündigt auf die nächste Sitzung die Ausführung seiner Interpellation an, denn es sei dringend, jetzt die Frage deutscher Politik in's Auge zu fassen, und er ersuche deshalb das durchl. Präsidium, zu seiner Interpellation eine eigene Sitzung anzuberaumen.

Das hohe Präsidium willfahrt durch Setzung der Interpellation auf die nächste Tagesordnung und Feststellung dieser auf kommenden Montag.

Graf v. Berlichingen stellt an den Präsidenten des Ministeriums des Innern die Anfrage, in welchem Stadium sich die Reform dieses Hauses befinde, die in durchgreifender Weise zum unabwendbaren Bedürfnis geworden sei. Redner kann bei dieser Gelegenheit nicht unterlassen, auf den bedauerlichen Vorgang in der Zweiten Kammer bezüglich der v. Andlaw'schen Motion aufmerksam zu machen, wodurch eine Ab-

stimmung dieses Hauses in jenem einer Kritik unterzogen worden sei. Seine Ansicht sei, daß er in Staatsrath Lamey einen Ehrenmann vom Scheitel bis zur Sohle erkenne; er spreche dies jetzt für sich aus, weil er damals durch Krankheit abgehalten worden, es zu thun; er spreche es aber auch aus im Auftrag einer Anzahl Mitglieder des grundherrlichen Adels. Die in der Zweiten Kammer diesem Redner gemachten Vorwürfe seien ganz ungerecht; sein Wunsch gehe bloß dahin, allen größern Grundbesitzern die gebührende Stellung zu Theil werden zu lassen, dann verzichte er auf seine grundherrlichen Rechte. Redner zitiert nunmehr eine Anzahl gerade nicht schmeichelhafter Titulaturen, mit denen der grundherrliche Adel in verschiedenen Blättern bedacht wurde, und erweist sie als grundlos. Wer anders als die Grundherren haben an dem Ausbau der jetzt als so freisinnig gerühmten Reformen unseres Landes thatsächlich Hand angelegt? Wer anders als ein Grundherr wollte für die Erwählung der Kreisräthe einen Wahlmodus eingeführt haben, dem man entgegenhielt, er sei im Prinzip freisinniger, als solches in der freien Schweiz herrsche? Wer anders als ein Grundherr hat schon vor etlichen 20 Jahren den Antrag auf Umgestaltung dieses Hauses gestellt? Angesichts dieser Thatsachen gehen die Angriffe einzelner Blätter mit einer augenfälligen Ungerechtigkeit vor. Redner zeigt hierauf die Niederlegung seines Mandats aus Gesundheitsrücksichten an; er sei zu reizbarer Natur, und diese Kammerverhandlungen regten ihn zu sehr auf; er bedauere nur, der nächsten Interpellation nicht anwohnen zu können, doch sei sein Standpunkt hinreichend bekannt, daß er nämlich den entgegengegesetzten des Hrn. Interpellanten vertreten würde.

Fehrn. v. Andlaw (der kurz vorher eingetreten) zeigt 4 Petitionen gegen die Zivilehe an, und da er dem Vortrag des Hrn. Vordermiers zu entnehmen glaubt, es handle sich darum, persönliche Angelegenheiten zur Sprache zu bringen, so wiederholt er unter diesem Titel sachlich nochmals den Charakter und Inhalt seiner bekannten Interpellation und Motion.

Das hohe Präsidium entzieht dem Redner auf Grund des § 18 der Ges.-O. das Wort, indem das hohe Haus sattsam diese Ausführungen in der Sitzung vom 21. April angehört und darüber beschloffen habe. Erstere Arbeiten sind jetzt zu verrichten.

Fehrn. v. Andlaw befaßt sich weitaus persönliche Schritte vor und verläßt bald darauf den Saal.

Staatsrath Dr. Lamey: Die Zeiten sind so ernst und mahnen sehr, die kleinen Dinge vor den großen in den Hintergrund treten zu lassen. Werden wir einmal unsere Augen von den Persönlichkeiten ab und auf unser großes Vaterland. Redner ist für seine Person gern bereit, alles Vorgefallene zu vergessen. Dem Hrn. Grafen v. Berlichingen erwidert er, daß noch das zureichende Material fehle, um eine Reform des Hauses nach der Interpellation des Geh. Rathes Bluntzli vornehmen zu können, doch mache die Regierung noch weitere statistische Erhebungen.

Fehrn. v. Stöckingen zeigt hierauf ebenfalls seinen Austritt aus der Kammer an; in gleicher Weise die beiden Grafen von Kageneck.

Der Tagesordnung gemäß wird der vom Abg. Fallner erstattete Bericht über das Budget des Ministeriums des Innern, Tit. I.—16, für 1866 und 1867 berathen.

Zu Tit. X, Unterrichtswesen, a. „evang. Predigerseminar“, erläutert Prälat Holzmann den Charakter und Zweck dieser Anstalt.

Graf v. Berlichingen wünscht, um für Alle gerecht zu sein, daß man entweder die theol. Stipendien während der beiden letzten Semester auf Alle ausdehne oder ganz abschaffe; denn dadurch, daß dieselben nur Denen zu Theil würden, welche diese Anstalt besuchten, bestege indirekt der Seminarzwang noch.

Graf v. Kageneck mißbilligt die Genehmigung dieses Postens aus Gründen religiös-kirchlicher Anschauung.

Staatsrath Dr. Lamey: Die Regierung hat bereits im andern Hause klar und deutlich gezeigt, welche Stellung sie zu dieser Frage einnimmt, und kann dies hier nur wiederholen. Es liege allerdings ein indirekter Reiz zum Besuch des Seminars in diesen Stipendien, solche aber Allen zukommen zu lassen, dazu kann der Staat die Mittel nicht beschaffen. Mit dem Beginn des Konflikts hat die Regierung auch die Nothwendigkeit einer Reform erkannt in der Art, daß dieses Institut entweder eine rein kirchliche oder reine Universitätsanstalt werde. Der gegenwärtige Posten werde in dieser Eigenschaft aller Wahrscheinlichkeit nach im nächsten Budget nicht mehr erscheinen, dagegen unter der Dotation der Universität oder des Kultus. Dogmatikern sei nicht Sache der Regierung; sie werde bloß einschreiten, wenn die Kirche die ihr zukommende Sphäre überschreite.

Prälat Holzmann: Was den Besuch des Seminars anlange, so stehe die Entscheidung darüber den gesetzgebenden Faktoren der Kirche zu; diese soll man abwarten.

Hinsichtlich des Wirkens der Anstalt müsse er der Wahrheit Zeugnis geben, er könne dasselbe nur als ein segensreiches bezeichnen. Aus den Prüfungen sei ihm bekannt, daß unter den jungen Theologen die verschiedensten Richtungen vertreten seien. Daß vielleicht Manches an der Anstalt noch einer Verbesserung fähig sei, wolle er nicht bestreiten.

Staatsrath Dr. Vogelmann macht besonders darauf aufmerksam, daß diese Stipendien nicht im Zusammenhang mit dem altbadiischen Kirchenvermögen stehen, sondern diese 6600 fl. seien ein Staatszuschuß aus dem Domänengrundstock.

Geh. Kirchenrath Kothhe steht in der jetzigen Vertheilungsweise der Stipendien keine Unbilligkeit, denn wenn der Staat eine praktische Anstalt errichtet, leistet er einen Dienst; es sollen darum auch nur Diejenigen, welche sich derselben bedienen, deren Vorthelle genießen. Bezüglich des Urtheils, welches Graf Kageneck so gelassen ausgesprochen, könne er denselben nur bitten, das Buch Schenkels selbst zu lesen und dann zu urtheilen. (Graf v. Kageneck: Nicht bloß gelesen, sondern studirt, und darauf sei seine Behauptung gestellt.) Man sollte nicht mit Klagen gegen den Verfasser auftreten, die er hier zu widerlegen außer Stand sei. Die Anstalt selbst habe zweifelsohne bis jetzt nur Segen gebracht.

Geh. Rath Bluntzli: Was Gebot der Kirche ist, darüber zu entscheiden ist auch ihre Aufgabe. Den Mitgliedern dieses Hauses spreche er aber die Befugniß ab, in so frappanter Weise die Budgetbewilligung von einer persönlichen Ansicht abhängig zu machen.

b) Universität Freiburg. Geh. Rath Schmidt dankt der Regierung für die den beiden Universitäten zugewiesenen Dotationen.

d) Lyceen, Gymnasien und Pädagogien. Prälat Holzmann: Warum soll die Besserstellung dieser Klasse unserer ältesten Lehrer nur allmählig geschehen? Er beklage, daß sie so stiefmütterlich behandelt werden.

Staatsrath Dr. Lamey: Der Fehler ist bloß, daß die große Regierung gleich von Anfang einen künftigen Normaletat feststellte. Daß sie diesen nicht auf einmal einführen konnte, ist selbstverständlich; diese Lehrer stehen nur unbedeutend andern Staatsdienern in der Besoldung nach, haben aber auch beinahe allein die Möglichkeit eines Nebenverdienstes; übrigens werden ihre Einkünfte nächstens dadurch erhöht werden, daß das etwas niedriger gestufte Schulgeld einer Erhöhung unterliegt und diese Maßnahme ihnen zu gut kommen soll.

g) Schullehrer-Seminarien. Prälat Holzmann trägt Bedenken, ob durch den 3jährigen Lehrkurs und durch den Umstand, daß jetzt schon die Meinung eine verbreitete sei, die Lage der Lehrer verbessere sich durch das neue Gesetz nicht, schließlich die Zahl der Lehrer nicht zu sehr vermindert werde.

Von der Regierung wird dagegen konstatiert, daß die Aufbesserung des einzelnen Lehrers sich in runder Zahl etwa auf 100 fl. berechnet. Freilich seien zugleich auch Kompetenzbezüge, Grundstücks-Erträge u. d. einer neuen Schätzung unterlegen, und dadurch wohl möglich, daß jetzt ein Einzelner nicht aufgebessert werde, weil er bisher schon mehr Besoldung hatte, als er nominell bezog; doch die Zahl dieser ist sehr klein, die Aufbesserung aller übrigen aber bedeutend, zumal ihnen daneben auch für Ertheilung von Unterricht über das gesetzliche Maß der Stunden eine Entschädigung wird. Ganz besonders seien die Unterlehrer besser gestellt; die Ansicht, daß der 3jährige Kurs eine Verminderung des Lehrpersonals herbeiführe, könne die Regierung nicht theilen.

Alle Budgetforderungen werden genehmigt.

Die Tagesordnung führt weiter zur Verathung des Gesetzesentwurfs, die Besteuerung der sog. Wanderlager betr. Berichterstattung ist Aktaria. Der Antrag lautet:

„Dem Gesetzesentwurf in der von hoher Zweiter Kammer beschlossenen Fassung die Zustimmung zu ertheilen.“

Angenommen.

Weiter wird berathen der Gesetzesentwurf, die neue Katastrirung der Gebäude betr.

Zu Tit. I, allgemeine Bestimmungen, § 3, wird nach längerer Diskussion auf Antrag des Geh. Rathes Schmidt zu Protokoll erklärt, daß der Ausdruck des Gesetzes „Gebäude öffentlicher Lehranstalten“ dahin zu fassen sei:

„Lehrgebäude solcher Lehranstalten, welche in Gemäßheit von Staatsgesetzen oder Verordnungen errichtet sind oder aus Gemeindemitteln unterhalten werden; Turnhallen u.“

Ferner nach Antrag des Geh. Rathes Bluntzli, daß das Haus in der Uebersetzung, daß das vorliegende Gesetz nicht unter das Finanzgesetz falle (§ 60 der Verf.), hier zu einer Aenderung berechtigt gewesen wäre.

Antrag und Annahme wie bei dem vorstehenden Gesetz.

Das hohe Präsidium wünscht von Fehrn. v. Stöckingen noch zu erfahren, wie dessen Ehre in diesem Hause zu nahe getreten worden sei, und erfährt nun, es sei demselben das zweimal erbetene Wort versagt worden, worauf sich das durchl. Präsidium äußert, dies sei weder mit Wissen noch Willen geschehen.

Die drei Grundherren: Grafen H. und M. v. Kageneck und Fehrn. v. Stöckingen einstimmig: Ihres Bleibens sei nicht mehr.

Es wird nunmehr von allen übrigen Mitgliedern des hohen Hauses bis zur Evidenz bewiesen, daß die Maßnahme des hohen Präsidiums vollkommen gerechtfertigt war, und eine Verletzung der Ehre des Fehrn. v. Stöckingen absolut nicht gefunden werden kann.

Vor Allem wird darauf hingewiesen, welche schwere Verantwortlichkeit diese H. durch ihren Schritt übernehmen,

der aufs tieffte zu beklagen sei, ein Schritt, der doppelt in die Waagschale falle bei dem jetzigen Ernst der Lage; es komme hier nicht auf die Intention an, sondern auf den Effekt, und dieser sei geradezu derselbe, wie der eines Komplotts.

Graf v. Bellinggen verschiebt hierauf seinen Austritt, bis eine Ersatzwahl für diejenigen Grundherren, welche heute ihre Mandatsniederlegung schriftlich anzeigen, stattgefunden habe, um wenigstens in diesem Moment das Haus nicht beschlunfähig zu machen.

Schluss der Sitzung.

† **Karlsruhe**, 12. Mai. 14. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer. Tagesordnung auf Montag den 14. Mai, Morgens 9 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Interpellation des Geh. Rathes Dr. Bluntzschli an das großh. Staatsministerium bezw. den großh. Staatsminister der auswärtigen Angelegenheiten, betreffend die Haltung des Großherzogthums Baden in der gegenwärtigen politischen Lage von Deutschland.

†† **Karlsruhe**, 12. Mai. 39. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Montag den 14. Mai, Vormittags 9 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Berathung der Berichte des Abg. Prestinari über die Gesetzentwürfe: a) die Ausführung der Bestimmungen der Verfassungsurkunde über Ministerverantwortlichkeit; b) die Abänderung des § 67 der Verfassungsurkunde, die Verantwortlichkeit der Minister betreffend. 3) Verstärkung der Kommission für die Vorlage über den für Beistellung von 1400 Militärpferden und deren Verpflegung und Wartung geforderten Kredit.

Deutschland.

× **Frankfurt**, 11. Mai. Die von Oesterreich in der letzten vorgestrigen Bundestags-Sitzung abgegebene Erklärung lautet wörtlich, wie folgt:

Der Gesandte muß einigen Aeußerungen und Ausführungen in der Abstimmung des k. preussischen Gesandten, und zwar insbesondere denjenigen gegenüber, welche den ganzen Sachverhalt, namentlich auch die Priorität der erfolgten Rüstungen betreffen, auf das entscheidendste Verwahrung einlegen, indem er sich auf die in der h. Bundesversammlung am 21. Apr. und 5. Mai abgegebenen Erklärungen zurückbezieht. Was den Abschluß der Korrespondenz wegen der Rüstungen anbelangt, so muß der Gesandte auf das bereits in der letzterwähnten Erklärung hervorgehobene unbegründete Eineingehen der von der k. l. Regierung gegen Italien angeordneten militärischen Maßregeln in die Abstrichungsfrage hinweisen. Der Gesandte beehrt sich, von der in der preussischen Abstimmung angelegenen Depesche des Grafen Mensdorff an den Grafen Károlyi vom 4. d. M. Mittheilung zu machen und behält jede weitere Erklärung seiner allch. Regierung vor. (Die Depesche wurde vorgelegt.)

Bayern stimmte über den sächsischen Antrag wie folgt ab:

Die l. Regierung bezweifelt in keiner Weise, daß die von dem preuß. Gen. Gesandten in der Sitzung vom 5. d. abgegebene Erklärung den Intentionen seiner höchsten Regierung entspricht. Um so weniger nimmt sie Anstand, dem vorliegenden Antrag der k. sächsischen Regierung zuzustimmen. Durch denselben wird der l. preuß. Regierung die ihr gewiß selbst erwünschte Gelegenheit gegeben, der h. Bundesversammlung in derselben Weise, wie es bereits von Seiten der k. l. österr. Regierung geschehen ist, vollkommene Verhütung darüber zu gewähren, daß die genaue Beobachtung der in Art. XI der Bundesakte enthaltenen Bestimmungen über die Aufrechterhaltung des innern Friedens in Deutschland von allen Seiten gewährleistet ist. Die l. Regierung will unterlassen, auszuführen, aus welchen Gründen die Gewährung dieser Verhütung als ein dringendes und unabwiesliches Bedürfnis für alle Bundesglieder erscheint, wenn nicht Angesichts der in Oesterreich und Preußen jetzt in sehr ausgebreitetem Maß vorgenommenen Rüstungen und der in ganz Europa bestehenden Besorgnisse vor kriegerischen Ereignissen auch die h. Bundesversammlung selbst in die unvermeidliche Nothwendigkeit versetzt werden soll, ihrerseits diejenigen Maßregeln in Erwägung zu nehmen, welche sie in die Lage setzen würden, allen etwaigen Ereignissen gegenüber die ihr obliegenden Verpflichtungen zu erfüllen.

München, 11. Mai. (Allg. Ztg.) Zwischen morgen und übermorgen erwartet man einen umfassenden Armeebefehl mit zahlreichen Pensionirungen nicht mehr selbstdiensttauglicher Offiziere und vielen Beförderungen in allen Chargen der verschiedenen Waffengattungen. Die hiesigen Regimenter haben in Folge der anbefohlenen Mobilmachung ihre sämtlichen Beurlaubten bereits heute Vormittag einberufen; die Einberufungsschreiben waren bis auf Ausfüllung des Datums schon vorbereitet.

Darmstadt, 11. Mai. (Fr. Z.) Aus sicherster Quelle erfahren wir, daß der Befehl zur Kriegsbereitschaft unserer Truppen erteilt worden ist. Die Kompanie wird auf 125 Mann ohne Chargen, Reservisten und Rekruten verstärkt. An Stelle unseres hochbetagten Kriegsministers soll Frhr. v. Perglas eintreten; vielfache Abancements sind erwartet.

Chemnitz, 9. Mai. In einer gestrigen Plenarsitzung der Handels- und Gewerbekammer wurde nachstehender, von dem Abg. Burt gestellte Antrag einstimmig angenommen:

Die Handels- und Gewerbetreibenden wollen beschließen, die hohe Staatsregierung zu ersuchen, daß sie Alles aufbieten möge, die drohende Kriegsgefahr zu beseitigen und jeden Konflikt mit unseren Nachbarstaaten zu vermeiden.

Hannover, 10. Mai. (Fr. Z.) In unseren Straßen sieht es kriegerisch genug aus, seitdem gestern und heute der Zug der Beurlaubten begonnen hat. Ende dieser Woche wird jedes Bataillon auf die Stärke von 560 Mann gebracht sein. Fortwährend wird das Armeematerial, namentlich die Gewehre, soweit sie nicht in Gebrauch zu nehmen sind, zur Sicherheit aus dem hiesigen Zeughaus nach Stade transportirt, da die preussische Stappenstraße über Hannover führt. Am Hofe soll man die Situation sehr ernst ansehen. Den hiesigen Bankiers sind die Kapitalien, welche ihnen von der Staatskasse gegen Hinterlegung von Wertpapieren ge-

liehen waren, gekündigt. Die Gütertransporte ab Harburg nach Bayern und Oesterreich sind wegen der Militärtransporte eingestellt. Jede Nacht passiren Extrazüge mit preussischen Truppen unsern Bahnhof. Eine Inspektion der Strandbatterien an der Unterelbe ist angeordnet.

Hamburg, 10. Mai. (W. L. B.) Ein bedeutender hiesiger Pferdehändler erhielt gestern Abend 7 Uhr durch den Telegraphen Ordre, weitere Pferdelerieferungen für Preußen zu sistiren.

Aus Vohlsdorf, 8. Mai. Man schreibt der „Allgem. Ztg.“: „Bisher nahm man hier allgemein an, daß beim Ausbruch eines Krieges zwischen Oesterreich und Preußen, die Brigade Kalik alsbald Holstein räumen werde. Dies ist jedoch, wie ich aus bester Quelle versichern kann, keineswegs die Absicht. Freilich, so lange man Hannover nicht sicher war, konnten die Oesterreicher kaum daran denken, sich an irgend einem Punkt unseres Landes zu halten, und mußten darum nur auf einen sichern Rückzug bedacht sein. Dies hat sich jetzt geändert. Schon seit Anfang vorigen Monats hat man im Welfenstaat, sich auf alle Eventualitäten vorbereitend, militärische Vorkehrungen getroffen. Die Erhöhung des Präsenzstandes sämtlicher zwanzig Bataillone von je 132 auf 560 Mann trifft nun zusammen mit dem am Donnerstag von hier nach Ungarn und Böhmen abgegangenen Befehl zur Einziehung der Reservisten der Brigade Kalik, auf deren Eintreffen man zu Anfang nächster Woche rechnet. Beim Ausbruch eines Krieges wird sich, wie schon früher in Aussicht genommen, die Brigade Kalik mit dem hannoverschen Kontingent vereinigen, um unter dem Kommando des Frhrn. v. Gablenz ein fliegendes Korps zu bilden.“

Hageburg, 8. Mai. (Kreuz-Ztg.) Morgen, den 9. d. M., versammelt sich die Ritter- und Landschaft des Herzogthums Lauenburg zu einem außerordentlichen Landtage, um darüber zu berathen, welche Schritte gegen die von der internationalen Kommission in Kopenhagen beschlossene Uebernahme eines Theiles der Pensionen an die früher dänischen Beamten auf das Herzogthum Lauenburg vorzunehmen im Interesse des Landes liegt.

Berlin, 11. Mai. In denjenigen Blättern, welche die Stimmung in den maßgebenden Kreisen widerspiegeln pflegen, gibt sich heute großer Unmuth gegen das Verhalten der Majorität der Bundesregierungen im Allgemeinen und gegen Hannover und Sachsen im Besondern zu erkennen. Die „Kreuz-Ztg.“ fügt ihrem Bericht über die Abstimmung beim Bund am 9. d. Folgendes bei:

Diese Abstimmung ist von sehr großer Bedeutung. Preußen hat auf das bestimmteste und nachdrücklichste erklärt, daß es nur die Sicherstellung des eigenen Gebietes mit seinen Rüstungen bezwecke, wie dieselben ja auch notorisch immer nur den Rüstungen der Gegner gefolgt sind; diese möchte der Bund zur Abstrichung veranlassen, damit auch für Preußen der Grund wegfallt, sich militärisch in Bereitschaft zu setzen. Dennoch entschied der Bund gegen Preußen. Seine Mehrheit hat hiermit vollbenutzt einen verhängnißvollen Weg eingeschlagen. Der deutsche Staatenbund steht — so fürchten wir — am Anfang seines Endes. Jedenfalls aber muß Preußen unter diesen Verhältnissen den Widerstand gegenüber fest und entschieden zunächst den Forderungen der Selbsthaltung nachkommen.

Besonders bedauern wir es, daß auch Hannover, das erst noch schwankte, gegen Preußen gestimmt hat. Es ist dem General v. Tschirch nicht gelungen, die Ueberzeugung zum Durchbruch zu bringen, daß das Weltenreich sich nicht unter Preußen stellen dürfte — vielleicht, daß er das Königreich Hannover dadurch in schwere Gefahr gebracht hat. Die Mobilisirung unserer 7., 1. und 2. Armee ist, so viel wir wissen, lediglich durch die Schwärzung und die Rüstungen Hannovers veranlaßt worden. Bei der Lage Hannovers im Rücken und in der Flanke gegen Preußen können seine militärischen Maßnahmen doch nur gegen Preußen gerichtet sein.

Der eigentliche Unruheherd in Deutschland aber ist in diesen Zeiten der sächsische Minister v. Beust, dieser eitleste Staatsmann voll närrischen Hasses gegen Preußen, der viel mehr zum Krieg treibt, als die Grafen Mensdorff und Esterhazy. Ihn wird — welches auch der Ausgang sei des Krieges — die Geschichte einst signalisiren als das Kind des Verderbens für Deutschland. (1) Möge er seinen Lohn dahin haben!

Parallel damit geht ein Artikel der „Nordd. Allg. Ztg.“ gegen Hannover. Sie sagt u. A.:

Das Königreich Hannover hat eine Lage, durch welche die beiden Haupttheile der preussischen Monarchie getrennt werden. Unsere Verbindungen mit den Rheinländern und Westphalen gehen durch Hannover. Es bedarf daher keiner ausführlichen Erörterung, daß Rüstungen in Hannover die Aufmerksamkeit der preussischen Regierung in einem weit höheren Maße erregen müssen, als kriegerische Vorbereitungen in Sachsen oder Oesterreich. Ist Hannover unser Feind, so bedroht es die Verbindungslinien aus den alten Provinzen nach dem westlichen preussischen Staatstheile. Welche Zwecke könnten die hannoverschen Rüstungen verfolgen, wenn nicht feindliche gegen Preußen? Wer bedroht die Selbstständigkeit Hannovers? Doch nicht Preußens Antrag am Bunde auf Reform der Verfassung? Eine hannoversche Rüstung unter den obwaltenden Verhältnissen trägt also den Charakter der Provokation. Eine hannoversche Truppenaufstellung inmitten der preussischen Provinzen hat daher den Ernst der politischen Situation vermehren müssen. . . . Leider hat die Militärpartei am hannoverschen Hofe es durch ihre Bemühungen beim König Georg dahin gebracht, daß in der bisherigen freundlichen und würdigen Haltung Hannovers gegen Preußen eine Aenderung einzutreten beginnt. Das österr. Bemühen dieser Partei ist darauf gerichtet, um jeden Preis eine Bundesreform zu verhindern, durch welche ihr Parteeinfluß eine Einbuße erleiden könnte. Es ist so weit gekommen, daß selbst in sonst achtbaren Kreisen das Bedauern über das Mißlingen des Nordversuches auf den preussischen Ministerpräsidenten seinen lauten Ausdruck gefunden haben soll. Die hannoversche Regierung wird sich selbst darüber klar sein, was sie zu gewinnen oder zu verlieren hat, wenn gerade sie an der Zerprengung des Bundes die letzte Hand anlegt und die bisher freundschaftlichen und ruhigen Beziehungen der beiden vielfach ineinander verflochtenen Nebenländer ausschließlich auf die Spitze des Dagens stellt.

Seit einigen Tagen gehen Gerüchte von einer angeblich

bevorstehenden Mobilisation des Ministeriums. Ihnen zufolge wäre es im Plan, ernstlich an die Ausgleichung des innern Konfliktes zu gehen und zu dem Behuf verschiedene Männer von mehr liberaler Richtung ins Ministerium zu ziehen; man nennt z. B. den Oberbürgermeister Seydel, den vortragenden Rath beim Kronprinzen, Max Dunter, Camphausen u. A. Auch davon ist die Rede, den Fürsten von Hohenzollern wieder an die Spitze des Ministeriums zu stellen. Bei allen Kombinationen aber würde die Leitung des Auswärtigen in den Händen des Grafen Bismarck bleiben. Es sieht dahin, ob an allen diesen Gerüchten Etwas ist und wie viel.

Die „Nation-Ztg.“ enthält Folgendes:

Nachdem ich am 7. d. M. durch die Gnade Gottes in schwerer Lebensgefahr bewahrt geblieben bin, sind mir sowohl aus der Stadt durch persönliche Besuche, als aus allen Theilen des Landes telegraphisch und brieflich zahlreiche und erhabende Beweise der Theilnahme und des Wohlwollens zugegangen. Ich hatte gehofft, meinen Dank den Einzelnern unmittelbar ausdrücken zu können, muß mich aber überzeugen, daß ich in dem Drang der mir obliegenden Geschäfte dies zu meinem lebhaftesten Bedauern nicht durchführen kann. Ich beehre mich daher, allen Denen, welche mich durch Zeigen ihrer Theilnahme erheitert haben und denen ich bisher nicht habe antworten können, durch diese öffentliche Erklärung meinen aufrichtigen und herzlichen Dank zu sagen.

Berlin, 10. Mai 1866. Graf v. Bismarck-Schönhausen.

Berlin, 11. Mai. Mit dem heutigen Tage wird hier die Einziehung der zum aktiven Dienst kommandirten Reservisten und Landwehrmännern beendet. Vorgestern, gestern und heute gingen große Züge derselben meistens mittelst der Eisenbahnen zu verschiedenen Provinzialregimentern ab. Ebenso passiren täglich durch Berlin große Massen einberufenen Wehrpflichtigen. Nicht minder massenhaft sind die Züge und Durchzüge von Militärpferden. — An Stelle des k. russ. Generalleutnants Grafen v. Adlerberg, welcher bekanntlich den Posten als Generalgouverneur von Finnland erhalten hat, ist der kaiserl. Flügeladjutant Oberst v. Weymar zum russischen Militärbevollmächtigten am hiesigen Hofe ernannt worden. — Gestern ist die Einberufung der Landwehr sämtlicher Armeekorps angeordnet worden.

Berlin, 11. Mai. Man telegraphirt der „Köln. Ztg.“: In diplomatischen Kreisen werden die Aussichten auf die noch immer mögliche Erhaltung des Friedens festgehalten. Dieselben knüpfen allem Anschein nach an die Voraussetzung an, daß Oesterreich irgendwie entgegenkommen werde. Als zuverlässig wird angesehen, daß auch jetzt noch kein bindendes Uebereinkommen zwischen Preußen und Italien besteht.

†† **Wien**, 10. Mai. Die preussische Rückäußerung auf die zweite österr. Depesche vom 26. April (über die Lösung der Herzogthümerfrage) ist heute hier überreicht worden. Die vorgeschlagene Lösung wird abgelehnt, aber nicht rundweg und unbedingt; es werden vielmehr Gegenvorschläge, nicht sowohl formulirt, als in Aussicht gestellt. Die Depesche soll wesentlich den Eindruck machen, als wolle Preußen noch weiter diskutieren, um Zeit zu gewinnen.

Wien, 10. Mai. (A. Z.) Die heutige „Wien. Ztg.“ enthält ein ziemlich starkes Avancement in der Armee und eine Verfügung, welche den Eintritt von Freiwilligen in die Armee, ohne die gesetzliche achtfährige Kapitulazion, bloß mit der Dienstverpflichtung für die Dauer des Bedarfs gestattet, d. h. indirekt dazu auffordert. Das für die einzelnen Waffengattungen vorgeschriebene Minutallförpermaß ist um 1 Wiener Zoll herabgesetzt. Jeder assentirte Freiwillige erhält ein Handgeld, der Wachmeister oder Feldwebel von 25 fl., der Führer oder Korporal von 20 fl., der sonst gebildete Mann von 15 fl., jeder andere von 10 fl. Jünglinge der gebildeten Stände und Beamte der landesfürstlichen Behörden können als Kadetten eintreten. Bei vorkommenden Beförderungen sind die Freiwilligen besonders zu berücksichtigen. Aber auch im Uebrigen herrscht die größte Rührigkeit. Seit gestern verkehren auf der Eisenbahnstrecke Brunn-Bodenbach täglich sieben Separatzüge, um Truppen an die sächsische Grenze zu schaffen. Mehr als 8000 Pferde sind bereits zur Kompletirung der Kavallerie der Nordarmee expedirt. Heute Morgen ist das Regiment Savoyen-Dragoner nach dem Norden abmarschirt. Die Feldbäckereien und die Feldspitäler sind vollständig organisiert. Aller Orten regt es sich für die Ausrüstung von Freiwilligenkorps, und eine besondere Bedeutung mag es haben, daß der galizische Landesauschuss im Begriff steht, auf eigene Kosten ein ganzes Ulanenregiment — die polnische Spezialwaffe — ins Feld zu stellen. Erzherzog Joseph ist zur Uebernahme eines Brigadeführers nach Schlesien abgegangen. Erzherzog Karl Ludwig wird sich nach Tirol begeben, dessen Statthalter er einst war, um die Organisation der Landesverteidigung zu leiten. Erzherzog Karl Ferdinand soll dem Vernehmen nach in Wien kommandiren. Erzherzog Rainer ist in Privatangelegenheiten nach Italien abgegangen.

Donaufürstenthümer.

Bukarest, 11. Mai. Die Statthaltertschaft hat heute die Deputirtenkammer eröffnet. Die Thronrede betont die Nothwendigkeit des Fortbestandes der Union. Ein fremder Fürst sei die notwendige Garantie gegen andere Aspirationen und unsinnige Hoffnungen. Das Schicksal des Landes liege jetzt in den Händen der Deputirten, da zufolge der Entscheidung des Prinzen von Hohenzollern, die Krone anzunehmen, und in Anbetracht der letzten Erklärung der Konferenz die Kammer noch einmal den Willen der Nation auszusprechen habe. Der Deputirte Tell beantragte, zuerst die Wahlen zu verifiziren. — Aus Konstantinopel soll der Regierung heute ein Schreiben des Großveziers zugegangen sein, welches sagt, daß, wenn die Rumänen fortführen, gegen die Konvention und die Konferenzbeschlüsse auf einem fremden Fürsten zu bestehen, die Pforte Gewaltmaßregeln ergreifen müsse.

Italien.

Florenz, 7. Mai. (Köln. Ztg.) Daß der König und Garibaldi vollkommen einig sind, ist Thatsache: der Gene-

ral wartet nur auf den entscheidenden Augenblick, wo der Ruf Victor Emmanuel's ihn aus seiner Einsamkeit herausführen wird. General Menabrea ist zum Oberkommandanten des Geniewesens ernannt worden. Das Hauptquartier der Armee wird wahrscheinlich nach Modena verlegt.

*** Florenz, 10. Mai.** Die Abgeordneten-Kammer setzte die Diskussion der Finanzentwürfe fort. Einige Abgeordnete brachten Amendements ein, die zurückgewiesen wurden. — Der Finanzminister legte das Budget von 1867 vor.

Frankreich.
Strasbourg, 8. Mai. (Freiburg. Ztg.) Die Antwort des Kaisers an die Maire der Stadt Aurerre ist gestern Abend angeschlagen worden; sie wurde gestern und diesen Morgen von den Gruppen, die sich rings um die Plakate gesammelt hatten, begierig gelesen und kommentiert. [Wie man der „Allg. Ztg.“ aus Paris schreibt, wäre die Aurerre-Rede in allen Städten, denen der Besuch des Kaisers für die nächste Zeit angesetzt ist, öffentlich angeschlagen worden.]

Paris, 10. Mai. (Köln. Ztg.) Den stärksten Eindruck hat die Kaiserrede von Aurerre in Brüssel gemacht, und wie sehr man sich zur Zeit auch noch bemüht, die Regungen der Furcht zu verbergen, welche die belgische Regierung beschleichen, so gibt es doch bereits ziemlich sichere Symptome dafür, daß man das nahende Ungewitter vorempfindet. Wie man wissen will, habe sich auch König Leopold II. schon nach London gewendet, um von dort sich Beruhigung über die Tragweite der kaiserlichen Auslassungen zu verschaffen. Lord Clarendon soll indes bis jetzt außer Stand gewesen sein, irgend etwas Zuverlässiges darüber mitzuteilen. Allerdings verlautet von der bevorstehenden Ankunft des Kabinetsekretärs des englischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten als Ueberbringer wichtiger Depeschen für das Kabinet der Tuilerien. Wie es heißt, handle es sich um die Garantie des jetzigen belgischen Bestandes, welche England zu verlangen Willens sei. Von anderer Seite dagegen wird versichert, daß Lord Cowley selbst bereits Aufklärungen über den „Abjehru“ verlangt habe, den man hier für die Vertäge von 1815 empfinde. Im auswärtigen Amt seien darauf in höchster, ja sogar freundschaftlichster Weise die beruhigendsten Zusicherungen erteilt worden, die merkwürdiger Weise der Vertreter Englands mit um so ungläubigerem Lächeln aufgenommen hätte, je dringlicher dieselben gehalten gewesen seien. — Marschall Mac Mahon, der auf einer Rundreise durch die algerische Provinz Bona den dortigen Kolonisten angekündigt hatte, daß er die Thermen jenes Distrikts zu einer Badekur gebrauchen wolle, hat sich jetzt von den Aerzten ein französisches Bad hiezu verordnen lassen. Es gibt Leute, welche in dieser Badekur in Frankreich nur ein Mittel sehen, den Marschall ohne zu großes Aufsehen aus Algier herüberkommen zu lassen, damit er eventualet sofort bei der Hand sei.

Paris, 11. Mai. An der Börse verbreitete sich heute das Gerücht von eingeleiteten Unterhandlungen wegen Abtretung Venetiens durch Oesterreich; ja in Hausiers-Kreisen ging man schon so weit, wissen zu wollen, daß man in Wien diesen von Frankreich, Rußland und England ausgehenden Vorschlägen das Ohr nicht verschließen würde. Was diese Gerüchte veranlassen haben mag, ist wohl zunächst 1) die Absendung des Generals Fleury in einer Specialmission nach Florenz, und 2) die Kongressgerüchte. Die Börse blieb in Folge dieser Gerüchte fest: Rente 63.85 (95 Cent. Hauffe), ital. Anl. 39.25 (1.75 Hauffe).

Belgien.

Brüssel, 10. Mai. (Köln. Ztg.) Dem Vernehmen nach wird hier die Einberufung von drei Milizklassen vorbereitet. Im Kriegsministerium sind überhaupt alle Maßregeln getroffen, um die Armee binnen kürzester Frist auf den Kriegszug zu setzen; sogar die Höhe der von den Kammeren zu bewilligenden Kredite ist bereits festgesetzt. Daß alle diese Vorbereitungen nur einen streng und ausschließlich defensiven Charakter haben, ist selbstverständlich.

Dänemark.

Kopenhagen, 9. Mai. (Hamb. Nachr.) Im Reichstags-Folkething wurden heute sämtliche Vorschläge auf Herabsetzung der Juni-Verfassung, meist mit 2 bis 3 Stimmen Majorität, abgelehnt. Der gemeinsame Ausschuss wird die Forderung der Regierung befürworten und das Reichsraths-Folkething darauf eingehen. Von einer Krise ist nicht die Rede. Auch wurde der Grundgesetz-Entwurf der Regierung unverändert mit 65 gegen 26 Stimmen zur dritten Lesung überwiesen.

Großbritannien.

*** London, 10. Mai.** Das auswärtige Amt hat folgende Bekanntmachung erlassen: „Englischen Reisenden, die das österreichische Gebiet von der italienischen Grenze aus zu betreten beabsichtigen, wird empfohlen, ihre Pässe von der österreichischen Gesandtschaft in London oder Paris visiren zu lassen.“

Nach einem im indischen Amt eingelaufenen Telegramm aus Bombay vom 8. Mai sind die befreiten abyssinischen Gefangenen mit Hrn. Nassam, wie Oberst Werewether aus Aden am 28. April berichtet, wohlbehalten in Kowats (?) angelangt, wo sie sich zur Weiterreise nach der Küste anschickten.

Obgleich man an Bord des Spitalschiffes „Jesse Munn“, wohin die Kranken Reisenden der „Helvetia“ gebracht worden, alle möglichen Vorsichtsmaßregeln getroffen hatte, um den fernern Ausbruch der Cholera zu verhüten, so sind doch noch fünf weitere Todesfälle, dazu eine Anzahl neuer Erkrankungen, vorgekommen. Auch in dem Depot zu Birkenhead, wo man die gesunden Auswanderer von der „Helvetia“ untergebracht, hat sich jetzt trotz aller Vorkehrungen die Krankheit gezeigt. Fortwährend kommen über Hull neue Auswanderer an, die in Liverpool liegen bleiben müssen, und so sehr sind die Auswanderer-Berge dieser Stadt überfüllt, daß vorlegte Nacht auf Betreiben der ärztlichen Behörde das städtische Arbeitshaus mehreren Hundert derselben ein Unterkommen gab.

London, 11. Mai. (Köln. Ztg.) Gerüchte über einen bevorstehenden Verkauf Venetiens zirkulirten verwichene Nacht unter den Parlamentsmitgliedern, stammten jedoch nicht aus Regierungskreisen, sondern aus Wiener Telegrammen und Citygerüchten.

Die hiesige Diskontobank Oberend Gurney, deren Aktien noch vor nicht langer Zeit 7 Pfd. Strl. Prämie standen, hat ihre Zahlungen eingestellt. Die Passiven betragen 10 Mill. Pfd. Strl. In Folge dessen hegt man für viele andere hiesige Banken und größere Häuser Besorgnis.

Amerika.

Neu-York, 28. Apr., Abends. (Per Northamerican.) (Köln. Ztg.) Der Rekonstruktionsausschuss begutachtete das Verfassungsamendement, welches jede, allgemeine Bürgerrechte widersprechende Staatsgesetzgebung verbietet, die Vertretung ausschließlich auf die votierende Bevölkerung basirt und die Südschuld anzuerkennen verbietet. Der Rekonstruktionsausschuss empfiehlt, die Rebellenhändler von Staatsämtern auszuschließen, aber alle oben genannte Beschlüsse annehmenden Staaten zum Kongress zuzulassen.

Erklärung des königl. preussischen Gesandten in der Bundestags-Sitzung am 9. d. M.

Dieselbe lautet nach der „Nordd. Allg. Ztg.“ folgendermaßen:

Zwischen des Friedens und ohne daß von Seiten Preussens irgend welche für seine Nachbarn bedrohliche Vorkehrungen getroffen wären, hat die kaiserl. österreichische Regierung Rüstungen gegen Preussen begonnen, und die königl. sächsische sich denselben bald darauf mit den ersten Einleitungen der ihrigen angeschlossen. Wenn die königl. Regierung auch die sächsischen Rüstungen, unabhängig von den österreichischen, als bedrohlich nicht hätte auffassen dürfen, so mußte sie doch ihre Aufmerksamkeit verdoppeln, sobald zwei ihrer Bundesgenossen, deren Gebietszusammenhang die Sphäre ihrer gemeinsamen militärischen Aktion bis nahe an die Hauptstadt von Preussen reichen läßt, gleichzeitig und in offenbarem Zusammenhang militärischer Vorbereitungen treffen. Die königl. Regierung hätte voraussetzen dürfen, daß Oesterreich sowohl als Sachsen, wenn sie sich wirklich von Preussen bedroht glaubten, nach den von ihnen selbst bekannnten Auffassungen vor jedem andern Schritt sich an den Bund beizusetzen und die Sicherstellung des Bundesfriedens gewendet haben würden. Statt dessen haben beide Regierungen es vorgezogen, sich in Verfassung zu etwaiger Selbsthilfe zu setzen.

Die preussische Regierung hatte inzwischen durch ihre Zirkulardepesche vom 24. März die Thatsachen und die Beforgnisse, welche sie an diesem Punkte knüpfte, zur Kenntniz ihrer Bundesgenossen gebracht. Die Antworten, welche sie erhielt, haben ihr die Aussicht auf rechtzeitige Unterstützung, im Fall sie angegriffen würde, nicht gewährt. Sie hat sich erst dadurch genöthigt gesehen, zur Sicherung ihres Gebiets eigene Vorkehrungen zu treffen, und selbst diese am Ende des Monats März nur in sehr geringem und beschränktem Maße eingeleitet.

In der Zwischenzeit haben die Rüstungen sich nicht vermindert, sondern erheblich vermehrt. Die königl. Regierung ist bemüht gewesen, die Abstellung derselben durch einen Austausch von Erklärungen zwischen ihr und Oesterreich herbeizuführen, welche ohne Erfolg geblieben sind, weil die fortwauernde und zuletzt von Oesterreich offen anerkannte Ausdehnung seiner Kriegsvorbereitungen die Frage auf dem thatsächlichen Gebiet in wachsender Spannung erhielt. Eben so erfolglos ist ihr Bestreben der königl. sächsischen Regierung gegenüber gewesen. Die Spannung hat sich vielmehr auch den andern Bundesregierungen mitgetheilt, und nach den Nachrichten über Rüstungen, die der königl. Regierung von allen Seiten zugehen, muß sie voraussetzen, daß das Gebiet des Deutschen Bundes bald einem bewaffneten Lager gleich werde, dessen kriegerische Richtung nicht etwa defensiv gegen das Ausland geklärt ist, sondern den innern Frieden mit den schwersten Gefahren bedroht. Die königl. Regierung kann sich leider nicht darüber täuschen, daß auch hier an manchen Stellen Tendenzen zum Grund liegen, welche eben sowohl gegen Preussen gerichtet sind, wie gegen jedes ernste Bestreben, auch nur den bescheidensten Ansprüchen der deutschen Nation gerecht zu werden.

Die kaiserl. österreichische Regierung hat in ihrer neuesten Mittheilung vom 4. d. Mts. die Verhandlung über eine gleichzeitige Zurücknahme der von Preussen gegenüber Oesterreich und Oesterreich gegenüber Preussen angeordneten militärischen Vorbereitungen für erschöpft erklärt. Die königl. sächsische Regierung hat auf das Ersuchen um Aufklärung über ihre Rüstungen, welches am 27. v. Mts. an sie gerichtet wurde, unter dem 29. ejusd. eine Erwiderung gegeben, welche in keiner Weise eine Beruhigung gewähren konnte. Beide Aktenstücke liegen hoher Bundesversammlung vor, und der Gesandte hat schon in der Sitzung vom 5. d. Mts. Veranlassung genommen, den Charakter derselben zu präzisiren und hervorzuheben, wie in den Aeußerungen seiner Regierung nicht der mindeste Anlaß gegeben sei, eine Beforgnis der Art, wie sie Sachsen zu seinem Antrag veranlaßt haben, zu motiviren.

Weber die von Sachsen geforderten Erklärungen, noch die dabei in Aussicht gestellten Gegenmaßregeln bezwecken etwas Anderes, als die vollständige Sicherstellung des preussischen Gebiets. Da also hiernach diese Maßregeln, insofern sie in das Leben getreten sind, einen entschiedenen defensiven Charakter an sich tragen, so sieht sich das Gesandten allerhöchste Regierung nicht in dem Fall, solche zurückzunehmen, bevor der Anlaß beseitigt ist, welcher sie hervorgerufen, und bis die Regierungen, welche mit den Rüstungen begonnen haben, auch mit der gewöhnlichen Abrüstung vorgegangen sein werden.

In diesem Sinne ist es die preussische Regierung, welche mit Befremden in dem königl. sächsischen Antrag die Verhältnisse umgekehrt sieht und welche daher vielmehr ihrerseits von der Bundesversammlung erwarten darf, daß sie die hohen Regierungen von Sachsen und Oesterreich veranlassen werde, ihre eingesandten Maßnahmen Preussen gegenüber getroffenen Rüstungen baldmöglichst einzustellen.

Sollte hohe Bundesversammlung dieses zu thun Anstand nehmen oder dem Bund selbst in seiner gegenwärtigen Verfassung dies in möglichst kurzer Frist zu bewirken die Kraft abgehen, so würde sich Preussen allerdings gezwungen sehen, das Bedürfnis der eigenen Sicherheit und der Erhaltung seiner europäischen Stellung in erster Linie für sich als maßgebend zu betrachten und sein Verhältnis zu einem Staatenbund, der im Widerspruch mit seinen obersten Grundgesetzen die Sicherheit seiner Mitglieder nicht vermindert, sondern gefährdet, den gebieterischen Forderungen der Selbsterhaltung unterzuordnen.

Nach der Beschlußfassung gab der preussische Gesandte noch eine Erklärung ab, die nach dem „Zrf. Journ.“ also lautet:

Gegenüber dem so eben von hoher Bundesversammlung gefassten Beschluß kann sich der Gesandte Namens seiner allerhöchsten Regierung nur auf die bei der Abstimmung erfolgte erklärende Erklärung zurückbeziehen. Er hält sich indes für verpflichtet, auf Grund derselben nochmals darauf hinzuweisen, daß Seitens seiner allerhöchsten Regierung die Priorität der Rüstungen Oesterreichs und Königreich Sachsens konstatirt ist und daß der Charakter derselben die preussische Regierung genöthigt hat, zur Wahrung der Sicherheit des eigenen Landes, also lediglich zur Defensiv-, militärische Maßnahmen zu ergreifen. Unter diesen Umständen muß der Bundesversammlung die Verpflichtung zugewiesen werden, ihre entschiedene Einwirkung auf diejenigen Regierungen geltend zu machen, welche durch ihr Vorgehen, ohne berechtigte Veranlassung, den gegenwärtigen ernstlichen Stand der vaterländischen Angelegenheiten herbeigeführt haben. Im Uebrigen behält der Gesandte seiner allerhöchsten Regierung jede weitere nöthig scheinende Aeußerung gegenüber den verschiedenen heute abgegebenen Erklärungen vor.

Vermischte Nachrichten.

— Ueber die Zusammenkunft süddeutscher Abgeordneter zu Stuttgart am Himmelfahrtstag schreibt man der „N. Z. Ztg.“ aus Karlsruhe: „Es gab sich trotz aller hervortretenden Meinungsverschiedenheiten immerhin eine erfreuliche Uebereinstimmung in Bezug auf die Auffassung der gegenwärtigen politischen Lage kund. Von württembergischer Seite waren ungefähr 30 bis 35 Abgeordnete, von bairischer Seite eine Anzahl Mitglieder der Fortschrittspartei, sowie aus dem Centrum der Abgeordnete Lenz von Pforzheim anwesend. Die gemeinsame Ueberzeugung ging dahin, daß in der gegenwärtigen gefährlichen Lage des Vaterlandes ein engerer Anschluß der einzelnen deutschen Volkstämme mit allen Mitteln herbeizuführen sei und daß es insbesondere als eine Aufgabe der von etwaigen kriegerischen Ereignissen zunächst nicht betroffenen süddeutschen Staatsgruppe erkannt werden müsse, sich in eine solche Verfassung zu setzen, um im gegebenen Moment ein thunlichst schweres Gewicht zu Gunsten und im Interesse der deutsch-nationalen Sache in die Waagschale werfen zu können. Die Vetheiligung bei einem Krieg, der nur partikularistische Tendenzen verfolgen und welcher sich kein anderes Ziel setzen würde, als das bisher thatsächlich bestehende Bundesrecht mit seinen Zuthaten aufrecht zu erhalten, beziehungsweise wieder herzustellen, schien allen Anwesenden, mit Ausnahme vielleicht einer einzigen Stimme, ein absolut unverfägliches Gebot; werwärtlich im Interesse der großen nationalen Sache, die durch solche Ziele nur geschädigt werden könnte, und werwärtlich gegenüber den einzelnen Landesinteressen, welche für nichts sagende Ziele nicht geopfert werden dürfen. Auf der andern Seite ging die bestimmte Meinung der Anwesenden dahin, daß mit der ganzen Volkskraft in einen sich etwa entspringenden Kampf dann einzutreten sei, wenn der Abschluß des im Jahr 1849 unterbrochenen Werks und die Sicherstellung des Vaterlandes gegen ähnliche Gefahren, wie die vorliegende, als sicherer Kampfpunkt erscheinen würde. Die näheren persönlichen Beziehungen zwischen den württembergischen und bairischen Abgeordneten, welche längere Zeit unterbrochen waren, sind durch diese Zusammenkunft in der freundlichsten Weise wieder hergestellt und werden, zumal bei dem gegenwärtigen Stand der öffentlichen Dinge, sich einer regen Pflege zu erfreuen haben. [Aehnliches wird auch der „N. B. Entsch.“ mitgetheilt.]

— Nürnberg, 9. Mai. (Fr. Z.) Das Frag- und Antwortspiel zwischen den deutschen Großmächten über die gegenseitigen Rüstungen, deren enorme Kosten die Steuerpflichtigen aus ihrer Tasche bezahlen müssen, übt bereits einen heillosen Einfluß auf Handel und Verkehr aus. Die Geschäfte nach auswärts fangen an zu stocken, und die Zahlungen, bis jetzt schon langsam und im Abschlag eingehend, lassen ganz auf sich warten. Zu der allgemeinen Klammertät kommt noch die besondere. Die hiesigen Bankiers nehmen die preussischen Kassenscheine nur noch zu 1 fl. 40 kr. an, die Oesterreichische anderer Staaten finden fast keine Abnehmer; die k. Bank diskontirt keine preussischen Wechsel, und nimmt nur bayrische Banknoten an, wie auch die anderen Banken alle Scheine, denen die staatliche Garantie fehlt, zurückweisen. Daß dies in Nürnberg, wo so viel Papiergeld aus allen deutschen Landen und Ländern einströmt und in Umlauf ist, schwer empfunden wird, liegt auf der Hand.

— Frankfurt, 12. Mai. (Fr. Z.) Nach einem Zirkular des engeren Ausschusses des deutschen Protestantentags hat derselbe auf Antrag des Bureau's beschloffen, mit Rücksicht auf die dermalige politische Lage den Protestantentag statt in der Pfingstwoche im kommenden Spätjahr abzuhalten.

— Frankfurt, 12. Mai. (Sch. M.) Der Bundesreform-Ausschuss wählte den bayrischen Bundestags-Gesandten v. Schrenk zum Referenten.

— Berlin, 11. Mai. (W. L. Z.) Die preussische Bank hat den Banklokont- und Lombard-Zinssatz für Waarendarlehen auf 9 für Effektdarlehen auf 9 1/2 Proz. erhöht. Der Lombard-Zinssatz für Nichtaufkante ist unverändert, 6 Proz., geblieben.

— In Liverpool finden gegenwärtig Arbeitseinstellungen in größter Ausdehnung statt. Die Heizer auf den ozeanischen Dampfschiffen haben einen monatlichen Zuschlag von 1 Pfd. Strl. (Ihr jetziger monatlicher Lohn ist 4 Pfd. Strl.) verlangt und 4 der bedeutendsten Gesellschaften diese Erhöhung bereits bewilligt. Einen gleichen Zuschlag fordern die Matrosen und werden wahrscheinlich ihre Forderung durchsetzen. Dergleichen haben die Schiffsanstreicher ihre Arbeit eingestellt. Endlich die mit der Baumwoll-Auslese beschäftigten Frauen, welche ihren Wochenlohn von 7 auf 9 Schilling erhöht verlangen.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Fern. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag 13. Mai. 2. Quartal. 58. Abonnementsvorstellung. **Der Freischütz**; romantische Oper in 3 Akten, von C. M. v. Weber. „Athalie“ — Fräul. Stieber vom Stadttheater in Regensburg als erste Gastrolle. „Menschchen“ — Fräul. Muzell vom herzogl. Hoftheater in Meiningen, als dritte und letzte Gastrolle.

Dienstag 15. Mai. 2. Quartal. 59. Abonnementsvorstellung. **Die Grille**; landliches Charakterbild in 5 Akten, von Charlotte Birch-Pfeiffer. „Fanchon Vivien“ — Fr. Bost vom Stadttheater in Köln, als erste Gastrolle.

